

Antrag der SPD-Fraktion zu einer Resolution zum Finanzausgleich

Beschlussvorschlag:

Resolution der Gemeindevertretung Ahnatal's zur Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs

Die Gemeindevertretung Ahnatal's protestiert ausdrücklich gegen den Entwurf zur Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs durch die hessische Landesregierung.

Das jahresbezogene Defizit der hessischen Kommunen war sowohl 2011 als auch 2012 das höchste aller Kommunen in Deutschland. Es betrug 2012 rund 1,9 Milliarden (Mrd.) Euro. Es war das mit Abstand höchste in ganz Deutschland, während in den meisten Bundesländern die Kommunen sogar ein positives Ergebnis vorweisen konnten. In Hessen gibt es kaum noch eine Stadt oder Gemeinde mit einem ausgeglichenen Haushalt; alle Kreise haben erhebliche Defizite und viele sind hoffnungslos verschuldet. Der Schuldenstand der gesamten hessischen kommunalen Familie trägt derzeit rund 23 Mrd. €.

Die besonders schlechte Situation der hessischen Kommunen liegt darin begründet, dass das Land ihnen bundesweit die geringsten direkten und indirekten Zuweisungen gewährt. Hessens Kommunen erhalten weniger als 600 € pro Kopf der Bevölkerung an finanzieller Unterstützung durch das Land; andere Länder wie zum Beispiel Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, aber auch Bayern und Baden-Württemberg geben rund 800 € pro Kopf an ihre Kommunen weiter. Trotz dieser unterdurchschnittlichen Zuweisungen hat die Landesregierung den Kommunen seit 2011 sogar zusätzlich 344 Millionen Euro jährlich gestrichen. Dies ist und bleibt unverantwortlich.

In Art.137 Abs. 5 Hessischen Verfassung steht: „Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleiches zu sichern.“ Diesem Erfordernis der Verfassung kommt die Landesregierung in keinsten Weise nach.

Eine bessere Finanzausstattung insbesondere der hessischen Kommunen ist dringend nötig. Die Kommunen müssen finanziell wieder besser ausgestattet werden, denn die Kommunen leisten die zentrale Arbeit bei der Kinderbetreuung, der örtlichen sozialen Hilfen, der Integration, den Schulbauinvestitionen und vielem mehr. Der kommunale Investitionsbedarf für die kommenden 15 Jahre wird alleine für die hessischen Kommunen auf rund 70 Mrd. € geschätzt (u. a. für Trinkwasser rund 3, Abwasser 6, Verwaltungsgebäude 2, Krankenhäuser 3, Schulen 7, Sportstätten 3,5, Straßen 16, ÖPNV 4 Mrd. €). Das macht deutlich vor welcher Aufgabe die Kommunen stehen.

Der Vorschlag der hessischen Landesregierung treibt die Kommunen zu massiven Steuererhöhungen. Das Land hat bei der Bewertung der kommunalen Einnahmen die kommunalen Steuern voll angesetzt. Durch die dabei berechneten Durchschnittssteuersätze werden die weitaus meisten Gemeinden gezwungen sein ihre Steuern zu erhöhen. Hessen war 2014 Spitzenreiter bei der Erhöhung der Grundsteuer B. Weiterhin inakzeptabel ist die Anrechnung sogenannter Kleinsteuern, wie Hunde- und Vergnügungssteuer.

Die Kommunen müssen weiterhin selbst entscheiden dürfen, in welchem Maße und in welcher Höhe sie die Möglichkeiten der Steuererhebung ausschöpfen können.

- Die Gemeindevertretung Ahnatal's fordert deshalb eine deutliche Verbesserung der Kommunalfinanzen ein.
- Die Gemeindevertretung protestiert ausdrücklich gegen die Zerstörung des kommunalen Selbstverwaltungsgedanken durch die Landesregierung.
- Die Gemeindevertretung Ahnatal's protestiert ausdrücklich gegen den zustimmenden Beschluss des hessischen Städte- und Gemeindebundes zur Neufassung des kommunalen Finanzausgleichs.

Thomas Dittrich-Mohrmann
(Fraktionsvorsitzender)